

# KLARTEXT



**Dietrich W. Thielenhaus**

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, im Hauptberuf geschäftsführender Gesellschafter der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

## „2015 so solide wie 2014“

2014 wird als insgesamt gutes Jahr in die SHK-Geschichte eingehen. Trotz der überraschenden Abkühlungseffekte ab August konnten sich die meisten Fachhandwerksbetriebe über steigende Umsätze und ordentliche Erträge freuen. Auslastung und Auftragsreichweite bewegten sich meist auf hohem Niveau. In Ballungsräumen mit überdurchschnittlicher Neubautätigkeit führte die starke Nachfrage teilweise zu Überhitzungen. Der SHK-Geschäftsklima-Index ist allerdings im November regelrecht eingebrochen und hat die zum Jahresende übliche Absenkung übertroffen. Die SHK-Branche ist mit einigen konjunkturellen Fragezeichen in das neue Jahr gestartet. Allgemein überwiegt im Handwerk Zuvorsicht. Arno Kloppe bringt seine Erwartungen so auf den Punkt: „2015 wird so solide wie 2014“. Während sich der Sanitär-Umsatz um 2 bis 3 % verbessern werde, sei bei der Heizung nur eine schwarze Null zu erwarten. Rückenwind gibt die im Dezember veröffentlichte, erfreuliche Konjunkturprognose des ifo-Instituts, das seine Wachstumsprognosen für 2015 auf 1,5 % angehoben hat.

## Wachsende Kaufkraft als Konjunkturmotor

Die zunehmende Konsumfreude der Deutschen und die stark steigenden Exporte sollen die wesentlichen Wachstumsmotoren für 2015 sein. Die Privathaushalte werden – laut ifo – 1,7 % mehr ausgeben. Sie profitieren dabei vom Kaufkraftzuwachs infolge der niedrigen Inflation. Die Preise sollen nach Meinung der Wirtschaftsforscher „nur“ noch um 0,8 % steigen. Wie ein zusätzliches „Konjunkturprogramm“ wirkt der Rückgang der Ölpreise, die 2014 um über 40 % gefallen sind. Der Run auf „Betongold“ dürfte sich also fortsetzen.

## Geschäftsklima am Bau

Das Bundeswirtschaftsministerium resümiert in seinem Dezember-Bericht zur wirtschaftlichen Lage Deutschlands: „Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe entwickelten sich im laufenden Jahr tendenziell rückläufig und die Baugenehmigungen für Wohnbauten büßten ihre Dynamik ein. Angesichts der nach wie vor günstigen Rahmenbedingungen für den Bau ist hier aber nicht mit einer längeren Durststrecke zu rechnen. Hierfür spricht auch das Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe. Trotz mehrmonatiger Abkühlung ist es weiterhin überdurchschnittlich und hat sich im November auch etwas erholt.“ Die Zahl der Baugenehmigungen ist von Januar bis September 2014 um 5,2 % auf 212.600 Wohnungen gestiegen. Im Mehrfamilienhausbereich haben die Genehmigungen sogar 9,8 % zugelegt. Bei Ein- und Zweifamilienhäusern waren dagegen Rückgänge von 3,2 bzw. 5,1 % zu verzeichnen.

## Wettkampf der Systeme

Bei der energetischen Gebäudesanierung stehen Heizungstechnik und Wärmedämmung im Systemwettbewerb. Die beiden Branchen kämpfen folglich um möglichst große Anteile am insgesamt verfügbaren Umsatzkuchen. Die Kaufentscheidungen der Investoren orientieren sich naturgemäß vorrangig an den Einsparpotenzialen bei Energie und Kosten. Dabei entscheiden nicht nur gesicherte, nachweisbare Daten und Fakten, sondern mitunter spielt auch das Prinzip Hoffnung eine Rolle. Musterrechnungen gehen davon aus, dass sich eine moderne Heizungsanlage als Ersatz einer 25 Jahre alten Ener-

gieschleuder in einem Vier-Personen-Haushalt nach etwa 10 Jahren rechnen kann. Wesentlich vielschichtiger präsentieren sich dagegen Wirtschaftlichkeitsberechnungen von Dämm-Maßnahmen. Dabei werden oft Optimalbedingungen zugrunde gelegt, die mit den Realitäten wenig gemein haben. Der Eigentümerverein „Haus und Grund“ hat kürzlich eine Musterrechnung vorgelegt, der zufolge sich Dämm-Investitionen am Beispiel eines Einfamilienhauses erst nach 51 Jahren rentieren. Ein verheerendes Ergebnis angesichts der Tatsache, dass Dämmstoffen im Regelfall eine Haltbarkeit von höchstens 50 Jahren zugesprochen wird. Die Dämmstoffindustrie hat bereits im vergangenen Jahr sehr viel Geld bereitgestellt, um den zunehmenden Image-Schäden und Vorbehalten zu begegnen. Im Mittelpunkt stand eine aufwändige TV-Kampagne, in der der frühere Fernsehmoderator Ulrich Wickert als Testimonial gute Stimmung für die Wirksamkeit von Dämmstoffen verbreitete. Die deutsche Heizungsindustrie hat ihren technischen Platzvorteil bei der nachweisbaren Energieeffizienz gegenüber den Dämmern bisher nicht genutzt bzw. ausgespielt. Man stelle sich vor, was eine Heizungs-Dachkampagne in der Größenordnung der Wickert-Show an zusätzlicher Nachfrage mobilisieren könnte.

## Soli: Wortbruch in Serie

Unter der Überschrift „Die Soli-Lüge – eine unendliche Geschichte“ beleuchtet der „Focus“ die beispiellose Abzockerei der Bundesbürger. Bei der Einführung im Jahr 1991 versprach Kanzler Kohl: „Die Befristung ist klar erkennbar auf zwölf Monate. Und es muss sich hierbei um eine einmalige Zusatzbelastung handeln.“ Nach der Bundestagswahl 1994 führte Kohl die Abgabe trotz anderslautender Beteuerungen mit einer Laufzeit bis 1999 wieder ein. Die erneuten Wortbrüche hatten dann seine Nachfolger Gerhard Schröder und Angela Merkel zu vertreten. Inzwischen ist der Soli weitgehend aus dem Ruder gelaufen. Die goldene Gießkanne hat in Ostdeutschland vielerorts zu absurden Fehlinvestitionen geführt. Außerdem: Von 2014 bis 2019 soll nur noch ein Drittel der Einnahmen von 99 Mrd. Euro in den neuen Ländern landen. Eines steht wohl fest: Kein führender Politiker in diesem Lande fühlt sich an den Auslauftermin 2019 gebunden. Die Kanzlerin hat eine sehr spezielle Dialektik entwickelt. Sie betonte, schon vor der Wahl erklärt zu haben, dass es keine Steuererhöhungen geben werden, man aber auf bestehende Einnahmen nicht verzichten könne. Sie verdrängt dabei die Tatsache, dass es sich beim Soli begrifflich niemals um eine dauerhafte Steuer gehandelt hat, sondern nur um eine eindeutig befristete Zwangsabgabe. Wer als Politiker nach dem Leitsatz „Es gilt das gebrochene Wort!“ handelt, sollte sich nicht über zunehmende Bürgerverdrossenheit wundern.

## Brüsseler Spitzen

Ausnahmsweise einmal einig sind sich die Bundestagsfraktionen in der Ablehnung des erneuten EU-Vorstoßes zur Unterminierung des bewährten deutschen Meister-Systems. Auch die Wirtschaftsminister der Länder haben die Bundesregierung aufgefordert, sich für den Erhalt der dualen Ausbildung und des Meisterbriefs als Voraussetzungen für eine Existenzgründung im Handwerk einzusetzen.